D 1.1 Straftaten gegen das sexuelle Selbstbestimmungsrecht in religiösen Institutionen konsequent aufklären und zukünftig verhindern

Antragsteller*in:	Lennart Stahl
Status:	Zurückgezogen

Änderungsantrag zu D 1

Von Zeile 46 bis 47 einfügen:

- die Aufstockung der personellen und zeitlichen Kapazitäten bei Polizei, Justiz und Staatsanwaltschaft(en), die Straftaten wie den sexuellen Missbrauch von

Begründung

Auch wenn es besonders bei diesem Thema heikel ist - die Polizei sollte natürlich mehr zeitliche und personelle Ressourcen bekommen, um diese schrecklichen Verbrechen aufzuklären, gleichzeitig aber nicht mehr Rechte eingeräumt bekommen. Das muss an dieser Stelle ganz klar erwähnt werden.

Gerade so emotional aufgeladene Themen können schnell benutzt werden um digitale Überwachung und zu weit gehende Polizeigewalt in Gesetze zu gießen. Bei aller Ernsthaftigkeit des Themas müssen wir das verhindern und ganz deutlich machen, dass die Grünen für einen Rechtsstaat, der das Recht auf Privatsphäre respektiert und eine Polizei, die auf dem Boden des Grundgesetzes steht, stehen.

Unterstützer*innen

Uta Boßmann (KV Kiel); Malte Richert (KV Segeberg); Luca Brunsch; Klaus-Christian Kalkhoff (KV Rendsburg-Eckernförde)